

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Stadträte,
werte Gäste,

Stadtrat und Stadtverwaltung haben in den letzten Jahren alle Anstrengungen unternommen, um für die Kinder und Schüler unserer Stadt mit der Modernisierung unserer Schulen, sogar mit dem Neubau einer Schule, mit der Modernisierung und dem Neubau von Turnhallen, mit einer umfangreichen Modernisierung des Stadions der Freundschaft, mit der Modernisierung und dem Neubau von Krippen von Kindergärten und Horteinrichtungen gute Bedingungen zum Gedeihen und Lernen der Kinder unserer Stadt zu schaffen.

Und es gibt ehrlicherweise noch einiges zu tun.

Aber das gehört zur originären Aufgabe unserer Stadt, unserer Verwaltung und selbstredend zu einer wichtigen politischen Aufgabe des Stadtrates.

Die Besetzung von den erforderlichen Lehrerstellen gehört aber nicht zur Aufgabe und Einflussnahme der Stadt und ihrer politischen Gremien.

Vor einigen Monaten wurde hier im Stadtrat die Frage an den Oberbürgermeister gerichtet, ob damit zu rechnen sei, dass zum Schuljahresbeginn die Lehrerversorgung in der Stadt Görlitz gesichert sei. Diese Frage war selbstredend als Bitte an den Oberbürgermeister formuliert, dahingehend Informationen von der Bildungsagentur bzw. dem Staatsministerium einzuholen und den Stadtrat darüber zu informieren.

OB Siegfried Deinege hat dies auch getan und uns noch im Frühjahr darüber informiert, dass noch keine verlässlichen Informationen über eine gesicherte Lehrerversorgung zu Beginn des Schuljahres zu bekommen sind.

Vor wenigen Wochen nun, wenige Tage vor Schuljahresbeginn, ließ die Staatsministerin Kurth dann die befürchtete Katze aus dem Sack: Ich zitiere-

'Nein, wir haben es nicht geschafft', war die Botschaft, in Sachsen nicht und insbesondere in Ostsachsen nicht, wo zudem auch der seit Jahren höchste Anteil von Seiteneinsteigern ohne grundständige Lehrerausbildung herangezogen werden musste, um Stellen überhaupt besetzen zu können.
Ende der Mitteilung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
auch wenn nicht zuständig, so haben wir als Stadträte doch die Pflicht uns um eine optimale Bildung unserer Schüler zu kümmern und vom Stadtrat muss ein hörbares und energisches Signal an die Landesregierung und das Kultusministerium ausgehen.

Die Wahl vom Sonntag hat bei vielen Bürgern und auch unter uns Stadträten eine Schockstarre hervorgerufen. Aber Depression und Passivität helfen hier Niemanden.

Auch wenn diese Protestwahl vor allem einer verfehlten Bundespolitik galt, können auch wir in unserer Stadt nicht so tun als wenn uns das nichts angehe.

Wir müssen noch mehr als bisher auf die Sorgen und Probleme unserer Bürger hören und versuchen im Rahmen unserer Möglichkeiten Missstände zu beseitigen oder Aufklärung betreiben.

Und hier sind wir uns mit der Einschätzung von Landrat Bernd Lange total einig. Zitat gestrige SZ:

Die CDU habe Fehler gemacht, die analysiert werden müssen. Das betreffe Themen wie Sicherheit an der Grenze, Kohleausstieg, Klimawandel, Kommunalfinanzierung und Bildung. **Gerade beim Lehrermangel sei allen die Mitschuld der CDU klar. Dort ist eine Korrektur nötig.“**

Meine Damen und Herren, einen besseren Anwalt für unsere Vorlage kann man gar nicht haben.

Unsere Bürger haben ein Anrecht auf eine transparente Information in Belangen, die praktisch jede Familie betreffen können.

Wir sind uns wohl alle darin einig, dass Bildung und Erziehung zu den Grundpfeilern unserer Gesellschaft gehören und dass hierbei alle mitwirken müssen, von den Eltern, der Familie bis hin zu den staatlichen Organen.

Geheimniskrämerei hat hier nichts zu suchen.

Als Stadträte und als Eltern und Großeltern möchten wir über die Ergebnisse und den Zustand der Bildungspolitik vernünftig informiert sein. Und die Lehrerversorgung an unseren Schulen gehört zweifellos dazu.

Das Argument, Bildung sei Landessache und habe im Stadtrat nichts zu suchen gilt für uns nicht!

Wir wollen der Landesregierung mit unserer Vorlage gar keine Vorschläge unterbreiten, wie sie in der Bildungspolitik agieren soll.

Wir greifen eben nicht über unsere Zuständigkeit hinaus und fordern, ihr sollt das so oder so machen.

Wir zielen auf das Ergebnis und wollen, dass dies dem Bürger auch offen kommuniziert wird. Er soll wissen, woran er ist und wie sich die Dinge weiter entwickeln.

Ein in der bisherigen Diskussion gehörtes Argument beinhaltete die Befürchtung, eine Offenlegung der tatsächlichen Lehrerversorgung könnte manche Schulen besser, manche schlechter dastehen lassen und damit ungewünschten Unfrieden stiften.

Unsere grundlegende Position dazu ist:

Es kann ja wohl nicht sein, dass man ein Problem - das wohl unzweifelhaft nicht einer geheimdienstlichen Diskretion zu unterliegen hat - dadurch aus dem Blickfeld verdrängt, dass man dem Bürger Informationen vorenthält.

Ungeachtet dessen treten wir auch nicht an, die Situation polemisch zu dramatisieren.

Die Situation der Lehrerversorgung ist nicht so dramatisch, dass die Schulen ihrem Auftrag nicht mehr nachkommen können. Aber sie ist definitiv unbefriedigend und darüber muss offen und auf Augenhöhe gesprochen werden dürfen.

So hörten wir auch von Lehrern und Elternvertretern, dass die Fachlehrerbesetzung wie beispielsweise im Fach Physik in naher Zukunft dramatisch werden wird.

Die Botschaft der Staatsministerin in ihrem Interview vor wenigen Wochen lautet, ja wir haben in der Vergangenheit Fehler gemacht, die Lehrerausbildung haben wir wieder angekurbelt und in einigen Jahren werden wir das Problem behoben haben.

Und von Octavian Ursu hörten wir, dass sich deutlich etwas bei der Bezahlung unserer Lehrer getan hat.

Wir hoffen das sehr und wir wollen, dass dieser erfolgreiche Weg für die Menschen in der Stadt Görlitz und im Freistaat insgesamt auch transparent mit verfolgt werden kann.

Wir möchten unseren Bürgern mit unserem Antrag eine Stimme in dieser Sache geben

Wenn die Aussagen der Staatsministerin stimmen, dann wird die von uns geforderte Auflistung dies im besten Sinne belegen können.

Was spricht also dagegen?

Aus unserer Sicht nichts.

Auch nicht die Befürchtungen einiger, dass wir die damit befassten Mitarbeiter der des Ministeriums und der Schulverwaltung bürokratisch überfordern würden.

Der Ernst unserer Vorlage wird dadurch unterstrichen, dass wir es für sinnvoll und notwendig finden, durch die von uns geforderte Transparenz den Druck in dieser Sache hoch zu halten.

Die Befürchtung einiger, dass unser Oberbürgermeister mit diesem Beschluss überfordert ist, sehen wir nicht so.

Er hat lediglich unseren Beschluss, sofern er mehrheitlich gefasst wird, mit einem Anschreiben im Auftrag des Stadtrates an den Ministerpräsidenten und die Kultusministerin zu schicken.

Ich bitte um Ihre Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit.